



# GKKE

Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church  
and Development

---

Bundespressekonferenz 16.12.2021, 10.30 Uhr

## **GKKE-Rüstungsexportbericht 2021**

*Statement von Dr. Simone Wisotzki*

*Vorsitzende der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte*

*Es gilt das gesprochene Wort.*



Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte im Jahr 2020 und im ersten Halbjahr 2021 geben. Ich möchte etwas zum Umfang, aber auch zu den wichtigsten Empfängerländern sagen. In 2020 erteilte die Bundesregierung 10.917 Einzelgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 5,82 Milliarden Euro. Das waren rund 2,2 Milliarden oder rund 27 Prozent weniger als im Jahr 2019. Damit ist der Genehmigungswert deutscher Rüstungsexporte deutlich niedriger als im vergangenen Rekordjahr als sich die Einzelausfuhrgenehmigungen noch auf 8,02 Milliarden Euro beliefen. Allerdings sind solche Schwankungen insgesamt kein Beleg für eine Trendwende hin zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik, wie sich am konstant hohen Niveau der vergangenen Jahre ablesen lässt.

Problematisch ist aus Sicht der GKKE der hohe Anteil von Rüstungsexporten an Drittstaaten, die weder der NATO noch der EU angehören oder diesen gleichgestellt sind. Der Anteil 2020 liegt wieder bei 50 Prozent (2019 44 Prozent; 2018 53 Prozent), was erneut auch die Schwankungen in diesem Bereich zeigt. Dies unterstreicht einmal mehr, dass der Export an Drittstaaten zur Regel geworden. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann in wenigen Ausnahmefällen tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung geben.

Unter den problematischen Drittstaaten findet sich Ägypten in 2020 auf Platz zwei der Empfängerländer. Deutschland kooperiert mit dem Militärregime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi, das in der Kritik steht, Oppositionelle zu Tode zu foltern und Dissidenten zu entführen und zu töten. 2020 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 863 Millionen Euro, unter anderem U-Boote, Patrouillenboote und Kampfschiffe, obwohl sich Ägypten sowohl am Krieg im Jemen und am Konflikt in Libyen beteiligt, indem es Konfliktparteien mit Waffen beliefert und somit Embargos bricht. Die Patrouillenboote der Lürssen-Werft waren ursprünglich für Saudi-Arabien bestimmt und erhalten nun einen neuen fragwürdigen Abnehmer. Berichten zufolge soll Lürssen Ägypten auch dabei helfen, eine eigene Schiffsindustrie aufzubauen. Deutsche Ingenieure sollen dann Technologie und Knowhow nach Ägypten liefern.

---

Solche Technologie- und Knowhow-Transfers sind in der deutschen Rüstungsexportkontrolle mangelhaft verregelt und werden für die deutsche Rüstungsindustrie immer attraktiver. Auch das ist eine der Schwachstellen, die durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz dringend verbessert werden müsste.

Die Vereinigten Arabischen Emirate erhielten 2020 und im ersten Halbjahr 2021 Einzelausfuhrgenehmigungen, obwohl sie der Jemen-Kriegskoalition angehören und gegenwärtig einen Luftwaffenstützpunkt auf der Perim-Insel bauen, was jemenitisches Territorium ist. Obendrein unterstützten sie 2020 regierungsfeindliche Milizen im Konflikt in Libyen mit Waffen, was gegen das VN-Embargo verstößt. Selbst Saudi-Arabien erhielt 2020 im Rahmen von Sammelausfuhrgenehmigungen unter anderem Triebwerke für Kampfflugzeuge in Höhe von 30,75 Millionen Euro, obwohl das Exportmoratorium weiterhin bestand, für das jedoch Ausnahmen im Rahmen von Gemeinschaftsproduktionen etwa für die Eurofighter Kampfflugzeuge gemacht worden sind. Seit 2015 hat die Kriegskoalition unter Führung von Saudi-Arabien mehr als 23.000 Luftangriffe auf jemenitische Ziele geflogen, rund 18.000 Zivilisten wurden dabei verletzt oder getötet. Die GKKE fordert die neue Bundesregierung auf, keine Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen an Kriegsparteien und Embargobrecher zu erteilen. Denn diese Beispiele machen die Lückenhaftigkeit der deutschen Rüstungsexportkontrollgesetzgebung einmal mehr deutlich.

---